## In drei Stunden durch Amerika Wer wissen will, wie Donald Trump Präsident werden konnte – und ob es nochmal geschehen kann –, der muss nach Wisconsin schauen. Ein Reisebericht.

**Von Peter Sparding** 

Prairie du Chien liegt im äußersten Südwesten Wisconsins, an der Grenze zu Iowa. Wer von hier mit dem Auto in gerader Linie ostwärts fährt, kann in gut drei Stunden den Bundesstaat durchqueren. Die Route führt über die Universitätsstadt Madison nach Milwaukee am Lake Michigan, der größten Stadt des Staates. Ich bin diese Strecke schon oft gefahren, die Familie meiner Frau stammt aus Wisconsin. Man kann auf dieser Route nicht nur viel über Wisconsin lernen, sondern auch über die politischen Entwicklungen in den USA.

Vor dem 8. November 2016 galt Wisconsin, einer der Geburtsorte der amerikanischen Arbeiter- und Umweltbewegung, als "Blue State", als sichere Bastion der Demokraten – quasi uneinnehmbar für die Republikaner. Politisch wurde der Staat durch skandinavische Einwanderer geprägt, die sich hier als Farmer ansiedelten, und durch Deutsche, die vor allem nach der gescheiterten Revolution von 1848 in die Großstadt Milwaukee strömten.

Im Jahr 1854 gründete eine Gruppe von Sklaverei-Gegnern, den sogenannten Abolitionisten, in Ripon die damals eher progressive Republikanische Partei. Der erste Präsident, den die Partei stellte, war einige Jahre später Abraham Lincoln. Robert La Follette, genannt "Fighting Bob", der Wisconsin um die Jahrhundertwende 1900 im Repräsentantenhaus, im Senat und als Gouverneur vertrat, ist eine der wichtigsten progressiven Figuren der amerikanischen Geschichte. Auch der New Deal Franklin D. Roosevelts wurde erheblich von Wisconsinites, die in den 1930ern nach Washington kamen, mitgestaltet.

Allerdings ist die politische Geschichte Wisconsins, wie die Amerikas generell, immer wieder von Widersprüchen gekennzeichnet. So vertrat zur gleichen Zeit, als in Milwaukee ein sozialistischer Bürgermeister regierte, der Kommunistenjäger Joe McCarthy den Staat im US-Senat. Und heute sitzen mit Ron Johnson ein Vertreter der Tea Party und mit Tammy Baldwin eine Progressive in der Tradition La Folletes für Wisconsin im Senat. Kaum ein US-Staat hat ein gegensätzlicheres Senatorenpaar.

In den vergangenen Jahren war Wisconsin ein Hauptziel der konservativen



Peter Sparding ist Transatlantic Fellow beim Europaprogramm des German Marshall Fund of the United States in Washington, DC.



Bewegung. Der Publizist Dan Kaufman hat in "The Fall of Wisconsin" eindringlich beschrieben, wie diese einst progressive Bastion von konservativen Aktivisten und Politikern "erobert" und zum Exempel für deren Vision einer Umgestaltung des ganzen Landes gemacht wurde.

Denn nachdem die Republikaner hier in den Midterm-Wahlen 2010 das Gouverneursamt und die Mehrheit im Staatsparlament errungen hatten, wurde der Staat zum Schauplatz einer landesweit verfolgten Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Obwohl es zu massiven Demonstrationen und einer erzwungenen Sonderabstimmung zur Abwahl des Gouverneurs Scott Walker kam

(die dieser überstand), blieben die konservativen Kräfte am Ende siegreich.

Trotz dieser Vorgeschichte war das Ergebnis der Präsidentschaftswahl 2016 ein Schock. Zum ersten Mal seit 1984 stimmte Wisconsin für einen Republikaner – einer von den drei Erfolgen Donald Trumps im Mittleren Westen, die letztlich ausschlaggebend für seinen Wahlsieg waren. Und da die Entscheidung in drei Staaten des historischen Industriegürtels fiel, schien die Erklärung einfach: Die Arbeiter hier hatten genug von der Globalisierung und den Kandidaten gewählt, der versprach, sie vor ihr zu schützen.

Derlei Erklärungen greifen natürlich zu kurz. Wichtiger war die tiefgehende Spaltung der amerikanischen Gesellschaft. Neben der ökonomischen Ungleichheit spielen hier die soziokulturelle Einbindung und die Einstellung zu demografischem Wandel und Rassismus die Hauptrollen. Auf einer Reise durch Wisconsin findet man dafür mancherlei Anhaltspunkte.

Wenn der Glaube schwindet, dass es künftigen Generationen besser geht, ist der amerikanische Traum in Gefahr

## Willkommen in der Prärie des Hundes

Prairie du Chien gilt als die zweitälteste Stadt in Wisconsin. Idyllisch in einer langgezogenen Flussebene gelegen, die im Westen vom Mississippi, im Süden vom Wisconsin River und im Osten von einer bewaldeten Hügelkette begrenzt wird, wurde der Ort im späten 17. Jahrhundert von französischen Kundschaftern und Pelzjägern als Handelsposten etabliert. Entlang des Stroms lebte ein Indianerstamm, dessen Häuptling "Alim" hieß, auf Französisch chien. Die europäischen Entdecker nannten die Gegend daher "Prairie du Chien", die Prärie des Hundes. Heute leben hier 5900 Menschen.

Es ist ein Ort wie viele im ländlichen Mittleren Westen. Hier gibt es Kneipen, die "Sawmill Saloon" oder "Jim's Bar" heißen, ein Sportgeschäft, in dem man neben Bier, Bootsmotoren und Angeln auch Jagdgewehre und Munition kaufen kann, und wer in einem lokalen Diner frühstückt, trifft dort auf ältere Herren, die sich über Politik oder den aktuellen Wasserstand des Mississippi austauschen. Reich ist der kleine Ort nicht. Zwar zieht die Lage am Mississippi im Sommer Touristen an, und das lokale Werk der Minnesota Mining and Manufacturing Company (heute: 3M) beschäftigt viele Einwohner. Dennoch waren es vor allem Klagen über die eigene wirtschaftliche Lage und die Ungerechtigkeit des Wirtschaftssystems, die Journalisten nach der Wahl 2016 in Orten wie diesem als Gründe für die Unzufriedenheit mit Washington zu hören bekamen.

Während die Haushaltseinkommen in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg relativ gleichmäßig stiegen, zeichnete sich ab den 1970er Jahren eine Verschiebung zugunsten der höchsten Einkommensstufen ab. Der Großteil der Gewinne ging dabei an die obersten 0,5 Prozent. Heute erreicht die ungleiche Einkommensverteilung Ausmaße wie in den 1920er Jahren. Und die Vermögensverteilung ist sogar noch ungleichmäßiger: Während das oberste 1 Prozent der Haushalte rund ein Viertel der Einkommen erwirtschaftet, verfügen sie über fast 40 Prozent der Vermögen.

Und obwohl Klassen- und Wirtschaftskonflikte sich durch die gesamte Geschichte der USA ziehen, hat die aktuelle Entwicklung eine neue Dimension. Denn das Selbstbild des Landes beruhte stets auf der Annahme, dass jeder sich durch harte Arbeit wirtschaftlich verbessern oder zumindest dafür sorgen kann, dass es der nächsten Generation besser geht. Nun, da infolge der Corona-Krise ein wirtschaftlicher Negativrekord aus den Zeiten der Großen Depression der 1930er Jahre nach dem anderen gebrochen wird, schwindet der Glaube. In einer Umfrage des Pew Research Center von 2017 vertraten 58 Prozent der befragten Amerikaner die Ansicht, dass es den heutigen Kindern künftig finanziell schlechter gehen werde.

## Madison und die Kulturkriege

Nach knapp zwei Stunden Autofahrt von Prairie du Chien passiert man auf dem Weg gen Osten Madison, die Hauptstadt des Staates. Madison ist Sitz der staatlichen University of Wisconsin und einer der progressivsten Orte der gesamten USA. Demokratische Kandidaten kommen hier oft auf 70 Prozent der Stimmen. Nur weitere 60 Meilen entlang der Interstate 94 Richtung Osten liegen die Vororte Milwaukees. Hier erzielen die Republikaner regelmäßig über 65 Prozent der Stimmen.

Innerhalb von nur einer knappen Stunde Autofahrt kann man hier also die Extreme der amerikanischen Polarisierung passieren. Als Besucher würde man in beiden Orten vermutlich mit der bekannten Freundlichkeit des Mittleren Westens empfangen werden. Käme das Gespräch allerdings auf soziokulturelle Themen wie Religion oder Einwanderung, könnte man schnell den Eindruck gewinnen, zwei unterschiedliche Welten zu besuchen.

Auseinandersetzungen über diese Themen haben in Amerika stets eine bedeutende Rolle gespielt. In den vergangenen 30 Jahren jedoch hat sich die Konfrontation noch einmal entscheidend verschärft. Als Reaktion auf die von vielen Konservativen als Fehlentwicklung wahrgenommenen Ereignisse der 1960er Jahre spielten kulturelle Themen seit den 1980er Jahren als Teil einer konservativen Gegenbewegung eine immer größere Rolle.

Anfang der 1990er Jahre prägte der Soziologe James Davison Hunter dafür den Begriff der Culture Wars. Die politischen Trennlinien, die Hunter beschrieb, verliefen nicht mehr entlang wirtschaftspolitischer Fragen, sondern betrafen Themen

Vom progressiven Madison bis zu den konservativen Hochburgen Milwaukees ist es nur eine knappe Stunde wie Immigration, Frauenrechte, die Rolle von Religion, Waffen und Minderheiten. Obwohl einige Analysten die Zeit dieser Kulturkriege zwischenzeitlich für beendet erklärt hatten, da ihre Rolle in den Präsidentschaftswahlen von 2008 und 2012 geringer erschien, verdeutlichten nicht nur das Aufkommen der Tea Party und die Wahl Donald Trumps, dass soziokulturelle Themen und Identitäten von entscheidender Bedeutung bleiben.

## **Bürgerrechte und Rassismus**

Verlässt man die Vororte und fährt ein paar Meilen weiter, so erreicht man Milwaukee, eine alte Industriehochburg am Lake Michigan. Deutsche Einwanderer prägten lange die Geschichte der Stadt, die vermutlich auch deshalb einst als Amerikas Bier-Hauptstadt galt. Heute ist Milwaukee eine der geografisch am stärksten segregierten Großstädte der USA. Diese Trennung ist unter anderem das Resultat rassistischer Wohn- und Wirtschaftspolitik seit den 1930er Jahren.

Als damals gleichzeitig viele Afroamerikaner aus den Südstaaten in die nördlichen Industriestädte wie Milwaukee migrierten und die US-Regierung im Zuge des New Deals massive Maßnahmen zur Unterstützung von Immobilienbesitzern begann, wurde die Grundlage für die geografische Trennung gelegt.

Indem Bezirke, in denen viele Afroamerikaner lebten, mit roten Linien und als besonders riskant für Investoren markiert wurden, war es deren Einwohnern kaum möglich, von Unterstützungsprogrammen für Wohneigentum zu profitieren. Zudem trafen Banken ihre Bonitätseinschätzungen noch viele Jahre lang auf Basis der rot markierten Risikobewertungen, so dass es für Afroamerikaner wenig aussichtsreich war, Kredite aufzunehmen und in andere Viertel zu ziehen.

Dass Trump in Wisconsin gewann, hatte viel mit mangelnder Mobilisierung auf demokratischer Seite zu tun

Seitdem hat sich infolge der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre auf den ersten Blick einiges verändert. Die Wahl Barack Obamas zum ersten schwarzen Präsidenten schien für viele ein Zeichen, dass "der Bogen des moralischen Universums zwar lang ist, sich aber letzten Endes der Gerechtigkeit zuneigt", wie es der Abolitionist und Pastor Theodore Parker bereits 1853 predigte. Martin Luther King Jr. hat dieses Zitat hundert Jahre später berühmt gemacht, Obama nahm es in seinen Reden auf und ließ es gar in den Teppich des Oval Office einweben.

Der Satz beschrieb bis vor nicht allzu langer Zeit auch ein weit verbreitetes Selbstempfinden zumindest des weißen Amerikas. Man erkennt die Probleme im Prinzip an, verweist aber darauf, dass sich die Lage grundsätzlich verbessert habe, dass sich der moralische Bogen des Universums also der Gerechtigkeit zuneige.

Doch wie die Debatten um die Ungleichheiten in Polizei und Justiz und die massiven Proteste nach der Tötung des Afroamerikaners George Floyd am 25. Mai zeigen, ist die Entwicklung nicht so gradlinig, wie es lange schien. Viele der Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegung wurden nicht erfolgreich implementiert oder sogar zurückgedreht. Unter dem Vorwand, gegen Wahlbetrug vorzugehen, versuchen die Republikaner in einigen Bundesstaaten, seit 2011 auch in Wisconsin, Maßnahmen einzuführen, deren Auswirkungen vor allem Minderheiten und insbesondere Afroamerikanern das Wählen erschweren.

Die Corona-Krise hat die nach wie vor bestehenden Unterschiede auf dramatische Weise verdeutlicht. Obwohl nur rund ein Viertel der Bevölkerung im Milwaukee County afroamerikanisch ist, waren bis Mitte Mai mehr als die Hälfte der lokalen Todesopfer schwarze Einwohner der Stadt.

Wirtschaftliche Ungleichheit, kulturelle Konflikte und Rassismus sind in Amerika keine neuen Phänomene. Und doch ist die Polarisierung heute von einer anderen Qualität. Während frühere Spaltungslinien oft quer durch die Parteien verliefen, haben Republikaner und Demokraten sich zuletzt in steigendem Maße entlang der drei beschriebenen Linien sortiert. Die "negative partisanship" führt dazu, dass Wähler immer öfter vor allem gegen die andere Partei statt für die eigene stimmen; eine Entwicklung, die für die Akzeptanz demokratischer Prozesse bedrohlich ist.

In Wisconsin kann man viele der treibenden Kräfte der Polarisierung beobachten. Dadurch werden Wahlen zu einer Frage der Mobilisierung der eigenen Seite. Zwar hatte Donald Trump hier tatsächlich auch ehemalige Obama-Wähler für sich gewinnen können. Für den Ausgang ebenso entscheidend aber war eine geringere Mobilisierung der demokratischen Wählerkoalition in ihren Hochburgen, vor allem in Milwaukee. Diesen Fehler will man in diesem Jahr unbedingt verhindern; sogar der demokratische Nominierungsparteitag sollte in Milwaukee stattfinden.

Durch Corona ist die Präsidentschaftswahl unberechenbarer geworden. Bisher führt in den meisten Umfragen in Wisconsin Joe Biden, doch nach den Erfahrungen von 2016 hat deren Aussagekraft für viele Beobachter an Bedeutung verloren. Vielleicht reisen ja Ende 2020 wieder Journalisten in Orte wie Prairie du Chien oder Milwaukee, um zu erforschen, wie Wisconsin die Wahl entschieden hat.